

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 11 u  
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, Zeitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-  
herg. Gebühreneinsendung auf Postk. Nr. 11302, Post-  
schadenamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionschl. Freitag

## An die deutsche Arbeitnehmerschaft!

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen. Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben.

Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet.

Weber der Terror der Straße nach irgendeiner verfassungswidrigen Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vor schreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.**
- Allgemeiner freier Angestelltenbund.**
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.**
- Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.**
- Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.**
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.**
- Deutscher Beamtenbund.**

## Vor und zum Stuttgarter Verbandstag.

Der diesmalige Verbandstag in Stuttgart steht noch weit mehr als alle seine Vorgänger nach dem Kriege unter dem ungünstigen Stern wirtschaftlicher Depression und im Zeichen einer politisch sehr bewegten Zeit. Was man das Kaufmannsergebnis als ein wichtiges Moment der Entspannung werten. Die Verteidigungspolitik hat unstrittig einen Sieg errungen, denn alle Reparationen mit dem viel besetzten Young-Plan sind erledigt. Sanktionen irgendwelcher Art sind künftighin nicht mehr möglich. Die Reichsbahn und die Reichsbank haben wieder ihre vollen Rechte. Dennoch ist die Restzahlung von 3 Milliarden Mark mit dem jährlichen Zinsendienst und den sonstigen Auslandszahlungen eine Bürde für das deutsche Volk. Die arbeitenden Schichten besonders haben alle Anstrengungen zu machen, damit nicht die volle Last auf ihre Schultern gelegt wird. Der Kampf gegen das Kabinett der Hitler-Barone muß deshalb mit verdoppelter Kraft einsehen und durchgeführt werden.

Weiter steht die Frage im Vordergrund: „Wie wird die Regelung der interalliierten Kriegsschulden entschieden?“ Sie ist notwendig, soll der Wiederaufbau des internationalen Kreditwesens mit Erfolg durchgeführt werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach erfolgt die Inanspruchnahme erst nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, die im Herbst dieses Jahres stattfinden. Eine weitere Frage ist: „Wie wird sich die seit Wochen tagende Abrüstungskonferenz in Genf gegenüber den Abrüstungsvorschlägen des amerikanischen Präsidenten Hoover verhalten?“ Der Ausgang dieser Konferenz ist schon deshalb von grundlegender Bedeutung, wenn es zu weiterer Entspannung und vor allem zur Vereinigung der außenpolitischen Atmosphäre kommen soll.

Ohne wahrhaften Frieden ist die Wiederherstellung des Vertrauens unter den Völkern nicht möglich.

In der Annahme der Erfolgsmöglichkeit dieser bedeutenden außenpolitischen Vorgänge wird die angekündigte Weltwirtschaftskonferenz weitgehende Lösungen bringen müssen. Fragen der Währungs-

und Kreditpolitik und neue Wege in handelspolitischer Hinsicht sollen erwogen werden. Die Wiederherstellung des Weltbandes ist in erster Linie erforderlich. Neben diesen hauptsächlichsten Punkten sind eine Reihe weiterer Schwierigkeiten, die hinweggeräumt werden müssen, um den Weg freizumachen zu einer Besserung der allgemeinen Lage.

Innenpolitisch tobt seit Wochen der Kampf um das Kräfteverhältnis im neuen Reichstag. Weit darüber hinaus geht es um die elementaren Grundrechte, die durch jahrelanges Ringen von der Klassenbewußten Arbeiterschaft erkämpft und durch die republikanische Verfassung gegeben und geschützt sind. Dieser gigantische Entscheidungsskampf erfordert den Zusammenbruch aller sozialdenkender und fühlender Elemente. Der braunen Schlammflut muß ein festgefügtter Damm entgegengesetzt werden. Mit gesteigerter Kraft hat die Eiserne Front ihre Werbetätigkeit in Stadt und Land aufgenommen. Nur durch Konzentrierung der wertvollen Kräfte und ständiger Aufklärung wird es gelingen, den reaktionären Herrschaften der sogenannten „nationalen Konzentration“ Paroli bieten zu können. Am kommenden Sonntag fällt die Entscheidung. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß sie gegen die Hitler-Hugenberg - Papen-Reaktion ausfallen muß.

Es sind also außen- und innenpolitische Entscheidungen von weittragender Bedeutung, die bevorstehen und je nach ihrer Auswirkung die politische und wirtschaftliche Lage beeinflussen werden. Die lange Frage, wird die wirtschaftliche Besserung

kommen und damit die Riesenarmee der Erwerbslosen vermindert, steht im Brennpunkt der Interessen. Seit drei Jahren laftet das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit auf Millionen und ist für sie zum Schicksal geworden. Zwar ist die Zahl der Erwerbslosen im Laufe der letzten Monate um einige Hunderttausende geringer geworden. Jedoch diese verhältnismäßig geringe Abnahme ist auf die Saison-einflüsse zurückzuführen, die durch die Jahreszeit bedingt wird. Im allgemeinen stagniert die Zahl der Erwerbslosen.

In unseren Reihen ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder innerhalb der letzten drei Jahre gleichfalls unaushaltbar gestiegen. Waren im Jahre 1929 im Durchschnitt 21,4 Proz., im Jahre 1930 35,8 Proz. erwerbslos, so zählten wir im Jahresdurchschnitt 1931 nicht weniger als 51,5 Proz. und Ende Juli 1932 sogar 65 Proz. Dazu kommen die Kurzarbeiter. Die Tatsache der riesigen Arbeitslosigkeit rechtfertigt schon, daß man zunächst ganz allgemein auf die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge hinweist. Denn wenn sie auch nicht in ihrer ganzen Vielgestaltigkeit im Rahmen unserer engeren Verbandstagung erörtert werden können, sie bilden doch den Hintergrund und sind als reale Tatsachen zu werten. Aber selbst wenn es gelingen sollte, die Schwierigkeiten zu meistern und die wirtschaftliche Gesundung greift Platz, so wird doch geraume Zeit vergehen, bis die große Arbeitslosigkeit zum Teil vermindert werden kann. Dazu kommt der Stand der technischen Entwicklung. Auch in unseren Branchen hat die Arbeitsteilung und der technische Apparat viele unserer Facharbeiter verdrängt. Durch die Wandlung im Arbeitsprozeß sind gleichfalls viele Arbeitskräfte freigelegt worden. Schon aus diesem Grunde wird der Kampf um die verkürzte Arbeitszeit immer mehr im Vordergrund stehen. Auch in unseren Branchen muß die 40-Stunden-Woche zur Einführung kommen. Ohne Reduzierung der Arbeitszeit wird selbst bei Belebung unserer Branchen es nicht möglich sein, einen nennenswerten Teil unserer Mitglieder Arbeit zu verschaffen.

Andererseits müssen wir Wert darauf legen, daß die erwerbslosen unorganisierten Berufskollegen in unsere Reihen aufgenommen werden. Ein diesbezüglicher Antrag liegt dem Stuttgarter Verbandstag vor. Die Zahl derer, die durch die anhaltende Beschäftigungslosigkeit keine Fühlung mit den Organisierten haben, ist zu groß, um achlos an ihnen vorüberzugehen. Die Unorganisierten zu gewinnen, sie mit gewerkschaftlichem und sozialistischem Geist zu erfüllen ist unsere erste Pflicht. Eine weitere Aufgabe, die der Verbandstag zu lösen hat, ist, daß angesichts der verminderten Beitragseinnahme zuallererst die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um bei kommenden Wirtschaftskämpfen gewappnet zu sein. Der wöchentliche Beitrag muß den gesunkenen Löhnen angepaßt und insofern in der Staffelnung enger gestaltet werden. Die enormen Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung und wiederum die durch die anhaltende Krise bedingte Schwumpfung der Beitragseinnahmen bedingen zwangsläufig eine Heraushebung der Grenze hinsichtlich der Bezugsberechtigung oder einen weiteren Abbau der Unterstützungssätze. Der Hauptvorstand hat einen entsprechenden Antrag gestellt, der bekanntlich dahin geht, statt nach den bisherigen

**Der Feind soll sehn, daß wir ihn schlagen  
Die Ehrenpflicht:  
Drei Pfeile tragen!**



# Rundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die deutsche Arbeiterkass.

In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinten Mächte der Reaktion steht und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine dringende Pflicht, der deutschen Arbeiterkass und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der deutschen Republik und damit auch des Friedens in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu betunden.

Seht wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest.

- daß Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleichkommt;**
- daß Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet;**
- daß die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederzwingt.**

Die deutsche Arbeiterkass kann sicher sein, daß der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angehörflosen Mitgliedern aus allen Ländern diesen ihren Kampf mit den höchsten Geföhlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum Siege zu verhelfen.

## Deutsche Genossen!

Ihr steht nicht allein in diesem Kampf! Wisst, daß das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, euer Kampf ist auch ein Kampf für die Befreiung der Menschheit!

„32“ erst nach Beitragsleistung von 65 Wochen die Erwerbslosenunterstützung zu gewöhren. Dasselbe soll bei der Bestatungsbilse Platz greifen. Ausgehend von dem Gedanken, daß, wenn in den kommenden Jahren eine Belebung der Wirtschaft eintritt und die Arbeitslosigkeit entsprechend in unseren Reihen sich vermindert, auch dann die Bezugsdauer schon während der drei nächsten Jahre schuppenweise wieder abgebaut werden kann. Jedoch zunächst wird eine Herabsetzung der Leistungen bei der starken Inanspruchnahme der Mittel für die Erwerbslosen und verminderten Einnahmen einfach durch die Lasten diktieren. Vielfache Anregung fand der Gedanke, in den Verwaltungsstellen während der Arbeitslosigkeit den Beitrag für die Invalidenunterstützung zu zahlen, um die Anwartschaft zu erweitern. Die Invalidenunterstützung selbst kann in dem jetzigen Umfang nicht aufrechterhalten werden. Dies auszusprechen ist Pflicht des Hauptvorstandes. Bekanntlich existiert diese Einrichtung erst seit dem 2. Quartal 1930. Aber wer hätte auf dem letzten Verbandstag in Dresden voraussehen können, daß der Niederbruch der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit solches Ausmaß annehmen werden. Fast alle alten Kollegen wurden auf die Straße gesetzt und sind dadurch nach ihren erworbenen Rechten Bezüher der Invalidenunterstützung geworden. Der ursprüngliche Gedanke, daß nur wer gänzlich arbeitsunfähig ist die Unterstützung erhalten soll, wurde durch die bebängten Verhältnisse infolge der Krise einfach über den Haufen geworfen. Es ist bekannt, daß unsere Invalidenunterstützung zwangsweise durch die wirtschaftlichen Umstände zur Altersunterstützung geworden ist. Die gesamte Invalidenunterstützungseinrichtung erfordert deshalb eine genaue Ueberprüfung, um die Ausgaben mit den Beitragseinnahmen in das Verhältnis zu bringen, damit sich dieser Unterstüzungszeit von selber trägt.

Neben diesen Fragen rein organisatorischer Art wird sich der Verbandstag unter Punkt 8 der Tagesordnung mit der politischen und wirtschaftlichen Situation beschäftigen. Eingangs haben wir kurz auf die gegebenen Verhältnisse hingewiesen und im allgemeinen aufgezeigt, welche Wandlungen notwendig sind, um zu einer wirtschaftlichen Belebung zu kommen. Aber wer will zur Zeit kurz vor der Reichstagswahl mit Sicherheit sagen, wie sich selbst die innerpolitische Lage nach dem 8. August gestalten wird, noch dazu in einer so stark bewegten Zeit.

Nur eines wissen wir bestimmt, die arbeitende Klasse dann in der Erkenntnis, daß es der Reaktion nur darum zu tun ist, jeden Einfluß des Proletariats auf die Geschicke des Staates zu brechen, ihr Schicksal nur dann verbessern, wenn es am 31. Juli die richtige Antwort erteilt. Keine Stimme den reaktionären Parteien.

Von der Gruppierung der sozialen Kräfte im neuen Parlament wird es abhängen, wenn eine den arbeitenden Schichten gerecht werdende Politik gemacht werden soll. Die soziale Gesetzgebung, die wirtschaftliche und kulturelle Lage der Arbeiterkass kann nur verbessert werden — wenn jeder Wähler sich bewußt ist, daß mit dem ganzen Spul der Hitler-Barone gründlich ausgeräumt werden muß.

Unser Hauptstöß gilt deshalb dem Faschismus!

Lebenswichtige Fragen für die deutsche Arbeiterkass hängen von der Entscheidung der proletarischen

Wähler ab und die Lösung dieser Fragen im sozialen Belist ist nur möglich, wenn jeder einzelne seine Pflicht tut.

Die Arbeiten auf unserem Stuttgarter Verbandstag werden naturgemäß von dem Ausgang der Reichstagswahlen beeinflusst. Deshalb muß die Niederwerfung der Reaktion zur Tatsache werden. Die Delegierten werden in vielen Fragen eine klarere Stellung auch zu den Fragen unseres engeren Verbandes einnehmen können, wenn es gelingt, die Reaktion niederzurufen.

Deshalb wollen wir mit unseren Arbeitsbrüdern verbunden unser Schicksal meistern, das am 31. Juli zur Entscheidung steht.

Die Bestatung unserer Verbandsangelegenheiten wird zwar das Signum der Notzeit tragen, aber um so größer wird die Zuversicht in unseren Reihen sein, wenn wir feststellen können:

**Die gesamte Arbeiterkass hat im Wahlkampf ihren Mann gestanden!**

Wäge dies der Zukunft zu unseren Beratungen in Stuttgart sein!

J. Gerhardt.

## Der Beginn des Dritten Reichs.

Von Toni Sender.

Das Schadergeschick, das vor Bildung dieser Regierung der Konterrevolution vorausging, ist nun jedem Denkenden klar erkennbar: Das Braune Haus bekam Terrorfreiheit und erzwang die Auflösung des Reichstags, um die neu eingetreteten Verbände auch gleich auf ein geeinigtes Volk loslassen zu können. Stahlsäule, Revolver und Schafstiesel erließen geistige Argumente. Das Austritten der Bürgerkriegsarmee soll etwa noch vorhandenen Hang zum selbständigen Denken verschrecken! Denn dies kann allerdings das Braune Haus gerade jetzt am wenigsten gebrauchen. Der Terrorsturm der Strafe soll eine wichtige Feststellung überlüssen: die Feststellung nämlich, daß die Nazis der Baronsregierung als Gegenleistung für so viele ihnen erwiesene Freundlichkeiten die Zusage gaben.

Das Adelskabinett und seine Taten werden von den Braunhänden toleriert. Man sagt, diese Regierung habe gar nichts hinter sich? Das ist nicht zutreffend. Wohl verfügt sie über keine Mehrheit — und darum durfte es nicht wagen, vor die Volkswertreter hinzutreten —, aber sie fühlt sich auf die „neuen aufbauenden Kräfte“, die dem gestrichelten Auf „Hell Hitler“ folgen. Was haben wir nun diesen „aufbauenden Kräften“ zu danken? Einen Abbau, so brutal und rücksichtslos, wie ihn noch kein „System“ sich bisher geleistet hat. Wie waren doch die Parolen der Propheten des Dritten Reichs, an die sich wie an einen Rettungsanker alle die Klammernten, die durch eine rücksichtslose und zum Teil auch unfähige kapitalistische Wirtschaftspolitik zu proletarischem Dasein verurteilt worden waren? „Weg mit diesem System“ und „Nieder mit dem Marxismus“ — so lauteten die Hunderformeln, mit deren Erfüllung dann „alles anders werden“ sollte!

Reißt das Volk, welches System gemeint war? Das System, das nach den Worten dieser freiherrlichen Naziregierung den Staat zu einer „Wohl-

fahrtsanstalt“ gemacht hat. Dürfen wir die christlichen Herren Barone erinnern, daß sie vor Antritt ihres neuen Amtes ihren Schwur auf die Verfassung geleistet haben und damit sich auch für die strikte Beobachtung des Art. 163 verpflichteten, in dem es heißt:

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemeffene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“

Dieses System, den Scharfmachern und Geldgebern des Braunen Hauses schon längst ein Dorn im Auge, soll verschwinden, das System, das in dem Geist der November-Revolution die Pflicht der Gemeinschaft festlegte, für den notwendigen Unterhalt aller arbeitsbereiten Staatsbürger Vorsorge zu treffen.

Ein erster Schlag gegen dieses System ist vom Kabinett der Nazibarone geführt: 1½ Milliarden Mark Opfer der Armen bringt die neue Roterordnung, deren erschreckende Folgen die Proletarier und anderen kleinen Leute heute bereits mit Grauen zu fühlen bekommen. Der Artschlag traf vor allem die den Kapitalisten verhasste Einrichtung des Anspruches der Opfer der kapitalistischen Krise auf Arbeitslosenunterstützung! Nur noch sechs Wochen dauert dieser Anspruch, dann aber tritt die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit ein, ganz wie einst im alten Deutschland — Verweisung ans Armenamt. Diese Maßnahme ist ohne sachlichen Zwang getroffen und entspricht lediglich der sozialreaktionären Einstellung der Männer des Herrenklubs (Frauen haben dort sowieso nichts zu melden) und ihrer nazistischen Helfer. Denn die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung reichen vollkommen aus zur unveränderten weiteren Erfüllung des Versicherungsanspruchs. Dafür leisten ja auch die in Arbeit Stehenden die sehr hohen Beiträge! Und zu der Drofflung der Unterstüzungsauer auch noch die Kürzung der Unterstützung um 23 Proz. Eine Kürzung, die sich nach den Grundfragen ausgleichender Herrenklubs-Gerechtigkeit fortsetzt in alle Stufen der Erwerbslosenbetreuung.

Und man bekommt fast den Eindruck, als habe das Hitler-Bapen-Kabinett alle Notleidenden zu einem einheitslichen Block des Leidens zusammenzuschweißen wollen: Denn die „Snabe“ der Herren zeigt sich allen in gleicher Weise — keine Sparte ist ausgelassen; die Renten der Invalidenversicherung werden nicht anders behandelt als die der Angestellten- und Knappheitsversicherung.

Und dieses Kabinett der „Nationalen Konzentration“ zeigt uns, wie das alte Deutschland den in den Jahren 1914/18 so laut verkündeten „Dank des Vaterlandes“ gemeint hatte. Auch die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen müssen antreten und auf dem Altar der Hitler-Barone opfern.

Wir hören schon den Einwand des Herrn von Bapen: Ja, wir brauchen unbedingt die „Anpassung an die Armut der Nation“, Gott es wirklich nur darum? Und nennen sie es auch Anpassung an die Armut der Nation, wenn sie der Großindustrie gleichzeitig mit der Neubelastung der Armen mit rund 600 Millionen neuen Steuern ein Steuergeföh von 100 Millionen in großmütiger Geberlaune darbringen, wenn sie dem vor der Pleite stehenden Schwerindustrieellen Glück Millionen in den Rücken werfen, wenn sie den abtügen Großgrundbesitzern des Ostens ihre Fronde gegen die Republik mit hohen Subventionen belohnen? Das sich auf die Terrorbanden der SA-Landsknechte stützende Kabinett will den Grundlag wieder zur Geltung bringen: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Nachdem der ehemalige Ausstreifer aus Braunau, Adolf Hitler, für seine Judasdienste entlohnt und ein reicher Mann geworden ist, dem man gnädig die Illusion belüßt, ein Führer zu sein, nachdem den anderen Ehrgeizigen der Hitler-Armeer fetter Pfünden zugelegt sind, ist für alle diese Bertänder des Dritten Reichs die soziale Frage gelöst.

Und die Millionen Betrogenen, die den verheißungsvollen Bertündungen Glauben schenken und nun auf die Erfüllung warten?

Merken sie denn nicht, wie die Erfüllung ausbleibt? Ein Meer der Not und der Tränen, ohne das Recht, auch nur darüber Klage zu erheben! So beginnt das Dritte Reich.

Soll es sich voll entfalten dürfen, unter seiner blutigen Diktatur alle Freiheitsregungen erstickend? Jagt es zum Teufel — am 31. Juli habt ihr das Schicksal Deutschlands, der europäischen Demokratie in eurer Hand! Kämpft in den Reihen der Eisenen Front und werft der Diste der Freiheit, der Glibe I. zu einem wuchtigen Sieg Deutschlands Arbeiterklasse zeigt der Welt, daß sie kämpfen kann!

Kollegen!

Kolleginnen!

Am 31. Juli gilt es die Reaktion zu schlagen!

Wählt Sozialdemokraten!

Wählt Liste

1

Abbau der Kurzarbeiterunterstützung.

Die letzte Papen-Berordnung gab der Regierung die Ermächtigung, die Sätze der Kurzarbeiterunterstützung zu ändern...

Die gekürzten Sätze kamen erstmalig am 4. Juli 1932 zur Auszahlung. Sie gestalten sich wie folgt:

Table with columns: Besondere, Anzahl an Arbeitstagen, Kurzarbeiter (ohne, mit 1, mit 2, mit 3, mit 4 oder mehr), Zuschlagsberechtigten Angehörigen.

Entscheidungen

über Kurzarbeiterunterstützung.

Kurzarbeiterunterstützung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Beschäftigte eines Betriebes, der in der Regel mehr als 10 Arbeitnehmer beschäftigt...

Fällt der letzte Tag der Mindestbetriebswartzeit des Artikels 3 der Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung vom 27. August 1931 in den Lauf einer Kalenderwoche...

Der französische Gewerkschaftsbund für die Kinder der deutschen Arbeitslosen.

(G.B.) In seiner im Februar abgehaltenen Sitzung stimmte der Nationalrat des französischen Gewerkschaftsbundes (C.G.T.) der Herausgabe einer Solidaritätsmarke...

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir brauchen euch nicht mehr zu sagen, wie bedeutungsvoll für eure und des deutschen Volkes Zukunft die politische Entscheidung am 31. Juli ist.

Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist aber mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern...

Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen,

neue Gefahren abwehren,

die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen,

dann stärkt die Gewerkschaften!

Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern.

Berlin, den 21. Juli 1932.

Der Bundesvorstand und Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

aus den Städten Hamburg, Nürnberg, Leipzig und Berlin Gelegenheit gegeben hat, einige Tage in Frankreich zu verbringen.

Die Gewerkschaften

über die Wirtschaftslage in Oesterreich.

(G.B.) In einem Gutachten der freien Gewerkschaften Oesterreichs über einen Gelegenheitswurf der Regierung über den freiwilligen Arbeitsdienst...

Diese nur beispielsweise angeführten Erscheinungen, die nach vielen Seiten hin ergänzt werden könnten, führen zur Erkenntnis, daß jede Hoffnung auf die „Automatik“ des derzeitigen Wirtschaftssystems vergeblich ist...

gebung von Arbeiten ersehen muß, die allein geeignet sind, die Zahl der Arbeitslosen und deren steigende Verzweiflung einzudämmen...

Die Ausraubung der Arbeitslosen.

Die Papen-Regierung hat einen Raub an den Arbeitslosen vollzogen, wie er in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik einzig dastehen dürfte.

1. Ein lediger Arbeitsloser, der bei einem Wochenlohn von 33 Mt. in 52 Wochen etwa 112 Mt. Versicherungsbeiträge entrichtet hat...

Table with columns: Ort, Anzahl, Betrag.

Die Arbeitslosenunterstützung, die ein lediger Arbeitsloser erhält, macht nur noch 15 bis 20 Proz. der früheren Unterstützung aus.

2. Ein verheirateter Arbeitsloser mit zwei Kindern hatte bei einem Wochenverdienst von 45 Mt. in 52 Wochen 152 Mt. Versicherungsbeiträge entrichtet.

Nimmt man dazu noch den Abbau bei Sozialrentnern und Kriegsoffizern, so haben wir in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik durch die Einlegung der Papen-Regierung eine zwangsmäßige Verelendung der deutschen Arbeiterklasse zu verzeichnen...

Gäbe es keine Nazis und hätte diese Partei nicht einen so kolossalen Fortschritt gemacht, dann würde eine Regierung, bestehend aus adligen Großgrundbesitzern und Großkapitalisten in Deutschland nicht bestehen.

Geht deshalb der vereinigten Reaktion am 31. Juli die Quittung und wählt geschlossen die Liste 1.

### Streiks und Lohnbewegungen.

#### Lederwaren.

**Offenbach.** In der Sitzung der Schlichtungskommission am 22. Juli kam eine Einigung zustande, wonach der bisherige Lohn von 88 Pf. bis zum 30. November 1932 unverändert weiterläuft.

#### Tapezierer.

**München.** Vor dem Landesschiedsrichter für Bayern wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach der Tariflohn auf 85 Pf. festgelegt wurde. Dieser Lohn kann erstmalig zum 1. Februar 1933 gekündigt werden. Ferner wurde der Mantelvertrag mit einer Ferienänderung erneuert.

**Bremen.** Mit der Firma G. Panhorst in Bremen wurde der Tariflohn ab 15. Juli bis zum 31. Dezember 1932 auf 86 Pf. festgelegt.

### Das Gewerkschaftsblatt im Lesesaal.

Die Arbeiterschaft wird von Intellektuellen in der Regel anders angesehen als sie ist. Der Arbeiter kennt nach der Meinung dieser Intellektuellen nur das Materielle. Das Ideale zu hüten, das ist darum allein, so meinen sie, die Aufgabe der Intellektuellen. Und so dünken sie sich auch in der geistigen Veranlagung meist hoch erhaben über die Arbeiterschaft.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese falsche Auffassung von der Arbeiterschaft auch in den intellektuellen Kreisen zu finden ist, die uns nahe stehen und mit uns sympathisieren, wie es jetzt ein Aufsatz in einer Monatschrift für sozial-intellektuelle Kreise beweist. „Die Arbeiter sind“, so heißt es da, „Sozialisten um des materiellen Vorteils willen; diese Arbeiter sehen die beste Position im Kampf um die Materie. Und wenn sie auch politisch die Demokratie verteidigen, so verbleiben sie doch kapitalistisch in ihrer Gesinnung.“

Welch falsche Auffassung! Welche mangelhafte Kenntnis von der Arbeiterschaft! Welche Verwechslung der T a g e s a u f g a b e und des Z i e l s ! Wenn die Gewerkschaften — selbstverständlich! — für die wirtschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer, wie der Augenblick es verlangt, eintreten, dann ist das noch kein Beweis für das Fehlen eines idealen Glaubens! Pflegt die Gewerkschaftspresse denn nicht immer und immer zugleich auch die Kultur der Idee? Schon seit Jahren? Seit Jahrzehnten?

Gewiß, es wäre ja gut, wenn auch Intellektuelle, wie es da in der Zeitschrift verlangt wird, sich der Arbeiterschaft in größerer Zahl als bisher für Bildungsarbeit zur Verfügung stellten, aber doch wahrhaftig nicht nur deshalb, damit nun endlich auch auf diesem Gebiete von der Arbeiterschaft etwas getan wird. Wer unser Blatt kennt, weiß, daß die Gewerkschaftspresse auch auf diesem Gebiete ihre Pflicht tut.

Wir würden auf diesen Aufsatz nicht eingehen, wenn er nicht bezeichnend wäre, einmal für die mangelhafte Beurteilung der Arbeiterschaft, dann aber auch dafür, wie wenig die Gewerkschaftspresse von den geistigen Arbeitern bisher beachtet worden ist.

Wenn weite Volkskreise sich in einem anderen Lebensniveaue bewegen als die Arbeiter, so bedarf es zum Verständnis für die Arbeiterschaft einer Ergänzung durch die Lektüre der Gewerkschaftspresse.

Wenn die sozialistische Tageszeitung derlei bringt, kann mancher Außenstehende denken; solche Aufsätze wären für eine bestimmte Gruppe, von Intellektuellen etwa, geschrieben. In der Gewerkschaftspresse aber erhält jeder ein Abbild auch des geistigen und ethischen Bedürfnisses der Arbeitermasse. In der Gewerkschaftspresse spiegelt sich auch das ideale Suchen der Arbeitnehmer wider, das heute noch so einseitig für die Intellektuellen in Anspruch genommen wird.

Wer die Gewerkschaftspresse kennt, weiß, wie die Seele des Arbeitsvolkes fühlt und will. Darum wäre es zur allgemeinen Orientierung über die Arbeiterbewegung, wie über Wesen und Ziel und Glauben der Arbeiterschaft wertvoll, wenn die Gewerkschaftspresse auch in die Kreise mehr hineinkäme, die heute ein Gewerkschaftsblatt in der Regel überhaupt nicht zu Gesicht bekommen.

Das kann geschehen durch die Werbearbeit der Gewerkschaftsmitglieder, das kann aber vor allem auch dadurch geschehen, daß die Lesefäle der verschiedensten Art auch die Gewerkschaftszeitungen aushängen und die Gewerkschaftszeitungen so auch öffentlich zu gleichberechtigten Organen auf dem Gebiete der Aufklärung und der Kultur werden. Heute ist es aber so, daß selbst in den Bezirken, die eine ganz bestimmte Gruppe der Arbeiterschaft stellen, das zuständige Gewerkschaftsblatt in einem Lesesaal nicht zu finden ist.

Die Gewerkschaftspresse ist zahlenmäßig in der Auftragsgröße wie auch inhaltlich ein solcher Faktor im Kulturleben, daß sie die allgemeine Beachtung, auch über den Kreis des Gewerkschaftsverbandes hinaus, verdient.

### Nur Planwirtschaft kann Ordnung bringen!

Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft ist seit ihrem Bestehen von heftigen Krisenzuständen begleitet. Die furchtbare Weltwirtschaftskrise der Gegenwart zeigt die Brüchigkeit des kapitalistischen Systems. Im Zeichen des Kapitalismus ist die Wirtschaft keine sinnvolle Einrichtung zur Befriedigung des Bedarfs, sondern dient dem Profit der Unternehmer und Kapitalisten.

Auf der Jagd nach hohem Gewinn haben namentlich die deutschen Unternehmer Konzern auf Konzern geführt. Sie haben ihre Betriebe riesenhaft erweitert. Dies alles ohne Rücksicht darauf, ob sie für die maßlos gesteigerte Produktion ausreichenden Absatz fanden. Mit diesem Widerstreit des kapitalistischen Systems muß endlich aufgeräumt werden.

Die freien Gewerkschaften haben der Öffentlichkeit kürzlich ein Wirtschaftsprogramm unterbreitet, das einen Ausweg aus dem furchtbaren Durcheinander der kapitalistischen Wirtschaft zeigt. Die Arbeiterklasse Deutschlands kann und darf nicht länger dulden, daß sogenannte „Wirtschaftsführer“ in einem wahnwichtigen Konkurrenzkampf aller gegen alle die wirtschaftlichen Kräfte des Landes vergeuden.

Nicht die Gewinnlust der Kapitalisten, sondern der Bedarf der Allgemeinheit muß hinfür die Wirtschaftsführung bestimmen. Nicht Profitwirtschaft, sondern Bedarfsbedingungswirtschaft ist die Forderung der Gewerkschaften. Bedarfsbedingungswirtschaft muß Planwirtschaft sein!

Und diese planmäßige Bedarfsbedingungswirtschaft ist sozialistische Wirtschaft. Soll aber dieser gigantische Plan zur Durchführung gelangen, dann dürfen wir die politischen Kommandostellen im Reich und den Ländern nicht wieder den bankrotten Großkapitalisten, nicht den Grafen, Baronen und Junkern, noch viel weniger deren nationalsozialistischen Schützknappen überlassen.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Dieser alte sozialistische Grundsatz gilt namentlich im Hinblick auf den Umbau der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft. Wollen wir aber damit siegreich durchbringen, dann müssen wir die Regierungsstuben säubern von jenem Geblüt und Gesindel, welches sich jetzt dort häuslich einzurichten trachtet.

### Der 31. Juli 1932 ist im Befreiungskampf des deutschen Volkes von Anarchismus und wirtschaftlicher Unterdrückung ein wichtiger Meilenstein.

### Die Volksfürsorge im Jahre 1931.

Aus vorläufigen Berichten der Volksfürsorge war schon ersichtlich, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen trotz allem den Ansturm der Krise gewachsen war und seinen Aufstieg, wenn auch stark gehemmt, fortsetzen konnte.

Nach der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung liegt nun das endgültige Ergebnis vor. Der Versicherungsbestand der Volksfürsorge stieg von rund 2 185 000 Versicherungen Ende 1930 auf 2 261 000 Ende 1931. Durch Einnahme aus Prämien und Kapitalerträgen in Höhe von 63 Millionen Mark stieg das Vermögen auf rund 180 Millionen Mark, wovon — das soll ausdrücklich betont werden — rund 161 Millionen Mark Prämienreserve und ausgesetzte Gewinnanteile Eigentum der Versicherten sind.

Besonderes Interesse beansprucht wieder die von der Generalversammlung beschlossene Verteilung des Ueberschusses. Nach Abzug der gesetzlich vorgeschriebenen und sonstigen Reserven und 50 000 Mk. für die Bergangung des 2½ Millionen Mark betragenden Aktienkapitals (die Aktien sind nur im Besitz der Gewerkschaften und Genossenschaften) werden die sonstigen Ertrübrungen in Höhe von 11 230 000 Mk. den Versicherten als Gewinnanteile gutgeschrieben. Dadurch ist es auch in diesem Jahre möglich, den Versicherten der Volksabteilung 30 Proz. und den Versicherten der Lebensabteilung 35 Proz. der gewinnberechtigten Jahresprämie als Gewinnanteile zu überweisen. Diese Zahlen brauchen wohl nicht kommentiert zu werden.

Die Generalversammlung gab auch Gelegenheit, auf Vorwürfe einzugehen, die in der Öffentlichkeit gegen die Volksfürsorge erhoben worden sind. Sie waren meist inszeniert von politischen Gegnern unleser Arbeiterunternehmens und hatten die Lage der Volksfürsorge und die von ihr ausgehenden Rückkauffsummen zum Gegenstand. Es liegen bei der Volksfürsorge unzählige Beweise über verleumdende Behauptungen vor, so u. a. Auslassungen, die von einem kommenden Zusammenbruch der Volksfürsorge, von geplantem Verbot unseres Unternehmens, von finanziellen Verlusten bei der Kapitalanlage und von Verlusten der Versicherten sprechen. Demgegenüber konnte der Berichterstatter in der Generalversammlung auf den Geschäftsbericht verweisen, der alle diese Gerüchte ad absurdum führt.

Es wird unseren Lesern wohl verständlich sein, daß das von einer Lebensversicherung übernommene Risiko (vor Ablauf der Versicherungsdauer fällige Versicherungsleistungen durch Sterbefälle) von der Gesamtheit der Versicherten getragen werden muß und auch die Verwaltungskosten gedeckt werden müssen. Dieses Prinzip muß selbstverständlich auch die Volksfürsorge anerkennen und anwenden. Die ausgezahlten Rückkaufswerte können deshalb nicht die Höhe der eingezahlten Prämien erreichen. Das Vorstandsmitglied Friedrich Welsch konnte aber auch unter Beweis stellen, daß die Volksfürsorge von allen Lebensversicherungsgesellschaften den relativ höchsten Rückkaufswert auszahlt.

Bei der organisierten Arbeiterschaft haben die Vorwürfe unserer Gegner keine Resonanz gefunden; aber die Wirkung auf die unaufgeklärten Bevölkerungsschichten kann geeignet sein, den Vertrauensleuten der Volksfürsorge die Werbearbeit zu erschweren.

Der Verlauf und die Beschlüsse der Generalversammlung beweisen wieder die Leistungsfähigkeit der Volksfürsorge und den von ihr beachteten Grundsatz, vornehmlich die Interessen der Versicherten zu vertreten.

### Rundschau

**Dr. Cray,** der langjährige Vorsitzende des Verbandes Deutscher Lederwarenindustrieller, Sitz Offenbach am Main, und der Vereinigung der Lederwaren- und Reiseartikel-Fabriken, Offenbach, ist krankheitsbedingt in den Ruhestand getreten. Als Anerkennung für seine Verdienste um die Lederwarenindustrie ist er von seinen Verbänden zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden. Nachfolger von Herrn Dr. Cray wurde sein langjähriger Mitarbeiter, Herr Dr. Leonhard.

**Postfallch unzulässig.** Das Zeichen der Eisernen Front, die drei Pfeile, erfreuen sich starker Beliebtheit, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß es auf Postkarten oder Briefe gestempelt wurde. Leider sind derartige gestempelte Briefschaften nicht immer befördert worden, so daß Nachfrage bei der Oberpostdirektion gehalten wurde. Dabei wurde erklärt, daß die Reichspostverwaltung auf dem Standpunkt beharrt, daß keinerlei politische Abzeichen zugelassen werden können. Wir bitten daher, um Verzögerungen an Postfächern zu vermeiden, die Stempelung mit den drei Pfeilen nicht vorzunehmen.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 25. Juli bis zum 31. Juli ist der 31. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

**An die Verbandsstagsdelegierten.** Die gewählten Delegierten werden hiermit aufgefordert, sich wegen Quartierbefolgung direkt an den Kollegen Wilhelm König, Stuttgart, Kanälestr. 24, III, zu wenden.

**Berlin:** Zahlstellenänderung. Die Zahlstelle 18, bisher Paul-Singer-Straße 83, ist mit sofortiger Wirkung nach dem Total von Kaiser, Kleine Andreasstraße 10, verlegt worden. Die Beitragstafelung erfolgt jeden Freitag von 6 bis 8 Uhr. Vorbestehende Verlegung gilt auch für die Erleichteranten der Tapezierer.

### Sterbetafel

**Berlin.** Am 13. Juli starb unser Kollege Reinhold Genz, Sattler, im Alter von 58 Jahren. Er war Mitglied seit 1900. — Am 19. Juli starb der Kollege Wilhelm Heymann, Sattler, im Alter von 36 Jahren.

**Chemnitz.** Am 13. Juli starb an den Folgen eines hartnäckigen Leidens unser langjähriger Mitglied, der invalide Kollege Richard Ludwig, Sattler, im Alter von 66 Jahren.

**Offenbach.** Am 13. Juli starb unser invalides Mitglied, der Portefeuller Bernhard Baftian, 37 Jahre alt, nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft.

**Hellbronn.** Am 9. Juli starb nach schwerer Krankheit unser früheres langjähriges Mitglied Wendelin Beer. Durch die Ungunst der Verhältnisse mußte er in letzter Zeit den Beruf wechseln. Er gehörte lange Jahre unserer Verwaltungsstelle an und betätigte sich stets ihrem Andenken!

Ehre ihrem Andenken!